

Mai-Brith Schartau: *The Road to Welfare Pluralism. Old Age Care in Sweden, Germany and Britain*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2008 (= Nordeuropäische Studien; 21), 218 S.

Mai-Brith Schartau legt eine vergleichende Studie vor, in der die Debatte um das Konzept des „Wohlfahrtspluralismus“ am Beispiel der Bereitstellung sozialer Dienstleistungen in der Altenpflege untersucht wird. Es soll herausgearbeitet werden, ob und wie dies im politischen Diskurs von den politischen Entscheidungsträgern begründet wird und welche Vorteile und Probleme mit Wohlfahrtspluralismus verknüpft werden können. Im Mittelpunkt stehen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Entwicklung in den Wohlfahrtsstaaten Schweden, Deutschland und Großbritannien. Der Bedeutung des deutschen Föderalismus wird insofern Rechnung getragen, als dass zusätzlich die Entwicklung dreier Bundesländer (Baden-Württemberg, Hessen und Sachsen-Anhalt) eingehend untersucht wird.

Nach einer kurzen Charakterisierung der drei kanonischen unterschiedlichen Wohlfahrtsstaatstypen werden in den Kapiteln 2.2 und 2.3 das Konzept des Wohlfahrtspluralismus und die damit zusammenhängenden Probleme sowie

die grundsätzliche Rolle verschiedener Anbieter von Wohlfahrtsleistungen beleuchtet.

Trotz aller Vieldeutigkeit wohlfahrtspluralistischer Konzepte zeichnen sich diese zumindest durch vier Elemente aus: eine Vielfalt an Serviceanbietern, die Dezentralisierung staatlicher Angebote, die Monitoringfunktion der zentralen Behörden und die wachsende Bedeutung der Betroffenen als „Klienten“. Diese Kriterien – und der damit verbundene öffentliche Diskurs – sind hinreichend unpräzise, um die Offenheit des Konzepts „Wohlfahrtspluralismus“ für die unterschiedlichsten politischen Akteure interessant zu machen, so dass jeder seine eigene Interpretation einbringen kann (S. 29). Als wesentliches Problem werden bereits hier die Kommunikationsschwierigkeiten bei der notwendigen Kooperation zwischen verschiedenen Organisationen und staatlichen Ebenen konzeptionalisiert. Dies nicht zuletzt wegen der beteiligten vier Sektoren mit jeweils unterschiedlichen Handlungsrationitäten: die Freiwilligenarbeit, der informelle (d. h. Pflege innerhalb sozialer Nahbeziehungen), der private

(d. h. profitorientierte) und der öffentliche Sektor. In der Analyse wird deutlich, dass die Konstellation dieser vier Sektoren mitentscheidend für die jeweilige Ausprägung des Wohlfahrtspluralismus ist.

Auf Basis einer Darstellung der unterschiedlichen Systeme der Altenpflege in den drei Ländern (Kapitel 3) wird in den folgenden Abschnitten (Kapitel 4–6) die Entwicklung des Wohlfahrtspluralismus detailliert und unter Berücksichtigung der dahinter stehenden Motive und Interessen untersucht. In allen Fällen werden die Pfadabhängigkeit der Entwicklung sowie die von der nationalen Kultur geprägten Verständnisse der jeweiligen Sektoren aufgezeigt. Beispielhaft genannt seien die Probleme bei der Umsetzung entsprechender Initiativen in Schweden, da sich die Freiwilligenvereine als Interessengruppen für die Betroffenen und nicht als Anbieter sozialer Angebote verstehen. Für den deutschen Fall wird auf die spezifische Rolle der Wohlfahrtsverbände und der Einführung der Pflegeversicherung verwiesen (S. 122). Zusätzlich lässt sich am Beispiel Baden-Württembergs erkennen, dass – auch wenn der politische Wille gegeben ist – wohlfahrtspluralistische Arrangements nur langsam von der unteren Ebene aus wachsen können (S. 136).

Im vergleichenden Kapitel 7 und im Schlusskapitel werden die Ergebnisse der Analyse zusammengefasst und die entspre-

chenden Ähnlichkeiten und Differenzen – v. a. im politischen Diskurs – herausgearbeitet. In allen drei Ländern lässt sich zwar ein Trend hin zum Wohlfahrtspluralismus erkennen, diese Entwicklung – und die Unterstützung durch die Regierungen dieser Länder – ist in Großbritannien am weitesten fortgeschritten, in Deutschland auf dem Weg und steht in Schweden am Anfang. Neben Unterschieden zwischen den Ländern lassen sich auch viele Ähnlichkeiten erkennen, von denen hier eine exemplarisch genannt werden soll. So versprechen sich die Verantwortlichen in allen drei Ländern vom Wettbewerb Effizienzgewinne. Was aber ebenfalls in allen drei Ländern umstritten ist, ist die Rolle von privaten – d. h. gewinnorientierten – Anbietern. In keinem der Länder ist geklärt, was eigentlich genau unter dem Schlagwort „Privatisierung“ zu verstehen ist. Die Debatte darüber und der Unwillen von Teilen der politischen Akteure, Teile der öffentlichen Dienstleistungen tatsächlich dem Markt zu überlassen, verbinden die drei Länder. Abschließend werden im Schlusskapitel ungelöste Probleme und weitergehende Fragestellungen sowohl in der politischen Praxis als auch in der wissenschaftlichen Forschung benannt. So bedarf das Problem der Koordination und Kommunikation weiterer Untersuchungen, wobei ein besonderes Augenmerk auf die besondere Rolle der „Entscheider“ in der Verwaltung gelegt werden muss.

*Christian Henkes (Berlin)*